

---

## NATO-Gipfel 2009: Eine kurze Nachlese

Proteste und inhaltliche Aufklärung zur NATO-Politik bildeten einen Schwerpunkt unserer Frühjahrsaktivitäten. Die geplanten Aktionen in Strasbourg und Baden-Baden standen von Beginn an unter keinem guten Stern: massive Beschränkungen der Demonstrationsfreiheit, Verweigerung eines angemessenen Demonstrationsortes und angekündigtes hartes Polizeivorgehen warfen Schatten voraus.

### Gelungene Sitzblockade vor dem Gipfel

Schwerpunktmäßig beteiligte sich das Grundrechtekomitee an der Aktion NATO-ZU (Ziviler Ungehorsam gegen den NATO-Gipfel). Mit gewaltfreien Blockaden sollte der Zugang zur Gipfel-Konferenz erschwert und damit der Protest sichtbar zum Ausdruck gebracht werden. Trotz der ungünstigen Rahmenbedingungen ist es gelungen, im 12 km südlich von Strasbourg gelegenen Camp die Aktion mit Bezugsgruppenbildung und Trainings in gewaltfreier Aktion in guter Atmosphäre vorzubereiten.

Bereits in der Nacht vor dem Gipfel gelangten die einzelnen Bezugsgruppen auf verschiedenen Wegen in die schwer zugänglichen Bezirke der Innenstadt. Um 7.00 Uhr morgens wurde dann eine Straßenkreuzung nahe beim NATO-Kongresszentrum von rund 250 Personen besetzt. Die anrückende Polizei blieb in einiger Entfernung stehen, war jedoch zu keinerlei Gesprächen bereit und kündigte an, nach eigenem Gutdünken auch alle Gewaltmittel einzusetzen. Letztlich



© Elke Steven

blieb sie im Hintergrund. Gegen eine andere Gruppe aus diesem Bündnis setzte die Polizei in der Innenstadt ohne jede Ankündigung Tränengas ein. Allerdings konnte auch diese Gruppe später eine Kreuzung sitzend blockieren. Gemeinsam haben die Blockaden an verschiedenen Punkten zur Wahrnehmung der Proteste beigetragen und bewiesen, dass auch unter extrem erschwerten Bedingungen eine gewaltfreie Aktion zielgerichtet und erfolgreich vorbereitet und verwirklicht werden kann.

### Demo löste sich im Chaos auf

Unsere Blockade wurde mittags beendet, um rechtzeitig zum Auftakt der Demonstration im Hafengelände sein zu können. In dieses abseitige Gelände war die Demonstration behördlich zwangsverwiesen worden. Das Demo-Konzept scheiterte an diesen unakzeptablen Rahmenbedingungen und den nun folgenden Auseinandersetzungen, die aus Fern-

sehen und Presse hinlänglich bekannt sind. Brennende Gebäude an der Europabrücke und polizeiliche Maßnahmen verhinderten die Teilnahme der auf bundesdeutscher Seite in Kehl angereisten 7.000 Demonstrierenden, die die Brücke nicht überqueren durften. Die Demo selbst ging schließlich im Chaos und polizeilichen Beschuss von Tränengasgranaten unter. Von den Inhalten des Protestes und den Beiträgen auf der Kundgebung war an diesem Tag nichts mehr zu hören.

### NATO-Kritik bleibt Aufgabe für Friedensbewegung

Vertiefende Kritiken und Analysen des Demonstrationsgeschehens sind u.a. im FriedensForum und in der graswurzelrevolution nachzulesen ([www.friedenskooperative.de](http://www.friedenskooperative.de); [www.graswurzel.net](http://www.graswurzel.net)). Die erwartete neue NATO-Strategie wurde auf dem Gipfel noch nicht beschlossen, aber so in Auftrag gegeben, dass sie im kommenden Jahr entscheidungs-

reif sein soll. Den Kernpunkt wird eine noch stärkere eigeninteressierte Orientierung der NATO auf globale Interventions- und Besetzungsfähigkeit ohne Bindung an das Völkerrecht bilden. Hiergegen sind Aktionen und öffentliche Veranstaltungen notwendig, die weiterhin Aufklärung betreiben und diese Entwicklungsphase kritisch begleiten.

In Deutschland stehen im Spätherbst wieder die Mandatsverlängerungen zum Afghanistaneinsatz der Bundeswehr im NATO-Kontext an, die Protest hervorrufen müssen. Und am Atomwaffenstandort Büchel/Eifel werden in diesem Sommer vielfältige Aktionen gegen die nukleare Teilhabe stattfinden. Infos: Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA; [www.atomwaffenfrei.de](http://www.atomwaffenfrei.de)). Das Grundrechtekomitee unterstützt diese Aktionen und ruft zur Beteiligung auf.

*Martin Singe*



NATO: "Humanitäre Intervention"; © Martin Singe

## Gipfel ohne Freiheitsrechte

Es gab einmal Zeiten, da konnten Treffen hochrangiger Politiker mitten in Großstädten stattfinden. In denselben Städten konnten gleichzeitig Bürger und Bürgerinnen ihre Kritik an der Politik vorbringen, für die diese Konferenzen standen. So beobachtete das Komitee für Grundrechte und Demokratie 1999 die Demonstrationen anlässlich der verschiedenen Gipfeltreffen in Köln.

Wir beklagten uns über die enge polizeiliche Begleitung eines Teils der Demonstration und die Behinderungen der gesamten Demonstration. Wir beklagten – im übrigen mit Recht – das polizeiliche Vorgehen gegen viele kleine Aktionen, die Festnahme von ganzen Gruppen ohne Anlass. Wir konnten allerdings noch voraussetzen, dass das demokratische Ur-Recht auf Demonstrations-

freiheit zumindest in der Form respektiert würde.

### Europäischer Ausnahmezustand

Die Erfahrungen in Strasbourg und Baden-Baden aber zeigen, wie inzwischen ganze Städte in einen Ausnahmezustand stillgelegter Grundrechte und suspendierter Demokratie versetzt werden. Die Grundrechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit, aber auch das Grundrecht auf Bewegungsfreiheit galten für einige Tage nicht mehr. Wichtige Politiker besetzten die Region, reisten umher und ließen die Bürger zu ausgesperrten, prinzipiell ver-

dächtigen Un-Personen werden.

### Ruhe wird zur Bürgerpflicht

In Deutschland war kein Camp für Demonstrierende zugelassen worden. Monate vor dem NATO-Jubiläum begannen Polizei und Politik vor den „Gewalttätern“ zu warnen. Wiedermal dienten die längst entlarvten Lügen über die polizeilich konstruierten Gewalttäter in Rostock und Heiligendamm im Jahr 2008 zur Warnung. Dass das Bundesverfassungsgericht damals belogen worden war und ein Pressesprecher der Polizei inzwischen bestätigt hat, dass er Unwahrheiten veröffentlicht hatte, beeinträchtigte diese Werbekampagne der Polizei nicht. In Baden-Baden war alles verboten, was eine Demonstration als Ausdruck bürgerlichen Willens ausmacht. Ruhe war die einzige Bürgerpflicht angesichts eines staatsmännischen Mahls. Grenzkontrollen wurden eingeführt, Ausreiseverbote willkürlich erlassen, Bürger überwacht.

Schon am Vortag des Gipfels, als der amerikanische Präsident in Strasbourg weilte, war die Innenstadt völlig abgeriegelt. Der Schulunterricht fiel aus, die Museen waren geschlossen, Touristen hatten keine Chance die Stadt zu besichtigen. Auch die öffentlichen Verkehrsmittel waren über Stunden eingestellt. Wer zum Camp der GipfelkritikerInnen wollte, musste 12 km zu Fuß gehen oder „irgendwie“ eine Mitnahme finden. Die Autobahnen rund um Strasbourg waren gesperrt. Das öffentliche Leben stillgestellt, weil einige Politiker sich trafen.

### Demonstrierende ausgesperrt

In Frankreich war erst nach vielen Verhandlungen eine Campmöglichkeit für die Demonstrierenden erstritten worden, allerdings weit außerhalb der Stadt gelegen. Die Großdemonstration sollte an den Stadtrand, in die Nähe des Hafens, auf ein leicht einzuschließendes Inselgelände ausgelagert werden. Eins machte dies sofort deutlich, Demonstrierende wurden als Störenfriede betrachtet, die es zu verbannen galt. Mit die Straße versperrenden Stahltoeren konnte die Polizei die Demonstrierenden auf diesem



© Elke Steven

Gelände einsperren. Die französische Polizei, erst recht die eingesetzten Spezialeinheiten zur Aufstandsbekämpfung, sind für solche Situationen mit „Abstandswaffen“ ausgerüstet: Reizgas, das auch mit Gewehren verschossen wird, Schockgranaten, Wasserwerfer, denen Reizgas beigemischt wird. Diese Waffen wurden schon in den Tagen vorher gegen Demonstrationen und am Camp eingesetzt. Solche Waffen verhindern Kommunikation gänzlich, sie erzwingen Abstand, legen Frontlinien fest, die es zu verteidigen gilt. Dass hier Feinde bekämpft werden, macht dieses Konzept spürbar. Eine Gruppe aus dem Bündnis „Block NATO“ wurde ohne jede Vorwarnung in der Innenstadt frühmorgens mit Reizgas angegriffen. Gegen die Großdemonstration wurde dieses Reizgas auch aus Hubschraubern abgeschossen. Videos belegen darüber hinaus, dass Polizeibeamte auch mit Steinen auf Demonstrierende geworfen haben.

### Keine Gewalt!

Das war der Rahmen, in dem die Sitzblockaden morgens stattfinden konnten. Aber auch der Rahmen, in dem es zu den gewaltvollen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstrierenden von Donnerstag bis Samstag kam. Demonstrierende warfen Scheiben ein, bauten Barrikaden und zündeten sie an, Autos der Anwohner in der Nähe des Camps nahmen Schaden, letztlich brannten Zollhäuschen, Ibis-Hotel und Apotheke neben dem Kundgebungsort der Großdemonstration. Demonstrierende wurden erheblich

verletzt. Das Reizgas traf alle, die auf der Kundgebung waren. Viele Teilnehmer an der Großdemonstration flohen vor den Auseinandersetzungen und fanden kaum einen Ausweg aus dem abgesperrten Gebiet.

Im Nachhinein haben die Diskussionen um Formen und Mittel der Wahrnehmung des Demonstrationsrechts wieder verstärkt begonnen.

Der Anspruch „Wir dürfen uns als Kritiker dieser Politik nicht auseinander dividieren lassen“ ist richtig. Richtig ist auch, dass das Vorgehen einzelner und das kleiner Gruppen nicht andere Teilnehmer gefährden darf, dass Gewalt als Mittel gegen andere Menschen grundsätzlich auszuschließen ist. Sachbeschädigung ist per se keine Gewalt, aber die Folgen von Handlungen müssen mitbedacht werden. Die Verantwortung für den gemeinsamen Protest müssen alle tragen und entsprechend handeln. Diskussionen über Formen und Mittel des Protestes, über ihre politische Wirkung, über Mittel, in denen das Ziel schon sichtbar werden kann, müssen wieder konsequent geführt werden. Die Protestformen sollten die gewaltvolle offizielle Politik sichtbar werden lassen, die sich in Kriegen, aber auch im Umgang mit Demonstrationen zeigt, ohne Opfer als Kollateralschäden bei den Beteiligten hinzunehmen. Vielleicht muss vor allem neu über geeignete Orte und Zeiten für Protest nachgedacht werden – die Gipfeltreffen könnten ungeeignet geworden sein, um den eigenen Anliegen Gehör und Sympathie verschaffen zu können. Unorte wie das Hafengelände in Strasbourg sind nicht hinnehmbar für eine Großdemonstration der Friedensbewegung.

*Elke Steven*



## Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland

Staatliche Datensammelwut, Bespitzelungsaktionen von Firmen gegen Journalisten oder die eigenen Mitarbeiter und die Übertragung von immer mehr Kompetenzen auf eine demokratisch unzureichend legitimierte EU zeigen: Die freiheitliche Ordnung muss von den Bürgerinnen und Bürgern täglich in der Praxis verteidigt werden.

Ein Projekt der Humanistischen Union, der Gustav Heinemann-Initiative, des Komitees für Grundrechte und Demokratie, des Bundesarbeitskreises Kritischer Juragruppen, von PRO ASYL, des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins, der Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen, der Internationalen Liga für Menschenrechte und der Neuen Richtervereinigung.

Autoren und Autorinnen aus dem Umfeld des Grundrechtskomitees haben zahlreiche Aufsätze beigetragen.

Preis € 9,95; 272 Seiten; ISBN 978-3-596-18373-9; Fischer Taschenbuch Verlag; Juni 2009

## Einladung zur Mitglieder- versammlung des Grundrechte- komitees

Schon jetzt wollen wir auf unsere diesjährige Mitglieder-  
versammlung (MV) aufmerksam machen. Die Einladung mit Tagesordnung wird im Herbst veröffentlicht und an Mitglieder und Interessierte verschickt. Unsere Gremien - Vorstand und Arbeitsausschuss - werden alle zwei Jahre auf der Mitgliederversammlung neu gewählt.

Wie üblich wird die MV mit einem thematischen Teil beginnen. Diesmal soll das Thema „Demonstrationsrecht - das umkämpfte demokratische Ur-Recht“ im Mittelpunkt stehen. Angesichts unserer Tradition der Demonstrationsbeobachtungen einerseits, verschärfter Ländergesetze zum Versammlungsrecht und höchst restriktiver Polizeipraktiken andererseits ist das Thema hochaktuell.

Termin:

Samstag, 28. Nov. 2009  
in Frankfurt

Spendenkonto  
Komitee für  
Grundrechte und  
Demokratie  
Volksbank Odenwald  
Konto 8 024 618  
BLZ 508 635 13



© Arentxa Aldunzin Gorriti/Umbruch Bildarchiv

## Solidaritätsaktion für Elias Bierdel und Stefan Schmidt vor der italienischen Botschaft

Elias Bierdel, der ehemalige Chef der Hilfsorganisation Cap Anamur, und sein Kapitän Stefan Schmidt stehen seit November 2006 in der sizilianischen Stadt Agrigento wegen Beihilfe zur illegalen Einreise vor Gericht. Sie hatten zwei Jahre zuvor 37 Flüchtlinge im Mittelmeer aus Seenot gerettet und an Bord ihres Schiffes genommen. Sie brachten die Flüchtlinge schließlich in den sizilianischen Hafen Porto Empedocle. Die italienischen Innenbehörden hatten sich tagelang geweigert, die Flüchtlinge an Land zu lassen.

Bereits im April diesen Jahres hatte die Staatsanwaltschaft vier Jahre Haft und eine Strafe von jeweils 400.000 Euro für die beiden Angeklagten gefordert. Ende Mai sollte der Urteilsspruch ergehen.

Deshalb protestierten das Komitee für Grundrechte und Demokratie und die Initiative „kein Mensch ist illegal“ aus Hamburg in einem offenen Brief an das italienische Innen- und Justizministerium gegen den Versuch, mit diesem abschreckenden Verfahren humanitär selbstverständliche und menschenrechtlich allein angemessene

Nothilfe zu kriminalisieren. In dem Brief, der von zahlreichen Wissenschaftler/innen, Künstler/innen, Politiker/innen und Intellektuellen unterzeichnet wurde, heißt es: „Den italienischen Strafverfolgungsbehörden scheint das human Naheliegende ebenso fern zu liegen wie der europäischen Flüchtlingspolitik insgesamt. Das nährt den Verdacht, dass sie sich zum Erfüllungsgehilfen derselben machen wollen.“ (s. unter: [www.grundrechtekomitee.de](http://www.grundrechtekomitee.de))

Am Montag, den 18. Mai 2009, trafen sich etwa 50 Menschen vor der italienischen Botschaft zu einer lautstarken öffentlichen Kundgebung, während derer der offene Brief an Vertreter/innen der italienischen Botschaft übergeben und ihnen das Anliegen der Protestaktion vermittelt werden konnte. Der anstehende Prozesstermin wurde zuvor schon verschoben. Das Urteil soll am 21. Juli 2009 gesprochen werden. In einem Grußwort von Elias Bierdel und Stefan Schmidt an die Demonstrierenden heißt es: „Immer mehr Europäer wehren sich heute gegen die Ungerechtigkeit, die Flüchtlingen und Migranten in ihrem Namen widerfährt, wehren sich gegen Lager, Mauern und Minengürtel rings um uns herum. Gemeinsam können wir Europa als ‚Kontinent der Menschenrechte‘ retten – dafür lohnt es sich zu streiten!“

*Dirk Vogelskamp*

# Jahrestagung des Komitee für Grundrechte und Demokratie

25. bis 27. September 2009 | in Bonn | CJD-Tagungshaus

## Die Weltwirtschaftskrise und die bundesdeutschen Formen, sie zu bewältigen – diesseits und jenseits ihrer Kritik

Wir erleben wohl den schwersten ökonomischen Einbruch des Kapitalismus seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Es scheint kein gewöhnlicher Konjunkturabschwung, sondern eine tiefer greifende strukturelle Krise der globalen Ökonomie zu sein, die sich mit diversen anderen Krisen (Klimakrise, Jobkrise, Automobilkrise, Nahrungsmittel- und Energiekrise) verschränkt, und die sich gegenseitig verstärken. Die Vermögensverluste des Finanzsektors gehen in die Billionen US-Dollar. Weltweit bricht die industrielle Produktion massiv ein. Die Weltwirtschaftsleistung nimmt insgesamt ab. In der Folge werden Arbeitsplätze unsicher und abgebaut - die International Labour Organization (ILO) geht von 50 Millionen weltweit aus. Die nationalen Regierungen reagieren wiederum mit kurzatmigem tagespolitischem „Krisenmanagement“, das vor allem daran orientiert ist, den nationalen Auswirkungen der Krise wie Bankenpleiten, drohenden Firmenkonkursen oder Währungsabwertungen entgegenzuwirken. In immer kürzeren zeitlichen Abständen werden deshalb immer umfänglichere staatliche Maßnahmenpakete geschnürt und Sonderfonds gebildet, um marode Banken und Unternehmen - fernab parlamentarischer und öffentlicher Kontrolle - zu (unter)stützen und den sozialen Absturz breiterer Bevölkerungsschichten zumindest ein wenig abzufedern - z.B. durch Verlängerung des Bezugs von Kurzarbeitergeld. Das abrupte Erwachen aus dem Traum immerwährender Prosperität und Stabilität reicht bis weit in die bürgerlichen Mittelschichten hinein: Ängste, Unsicherheiten, folgenloser Unmut und Prekarität nehmen zu. Bislang sind nur schwache soziale Proteste zu vernehmen.

Wir wollen uns erstens mit dieser Tagung über die unterschiedlichen Erscheinungen und Auswirkungen der globalen Krisenprozesse informieren und sie miteinander diskutieren.

Zweitens wollen wir der Frage nachgehen, ob sich in diesen veränderten politischen Entwicklungen auch Möglichkeiten (Chancen) für gesellschaftliche Alternativen auftun. Wenn ja, wo sind bereits Ansätze einer anderen politisch sozialen Praxis auszumachen? Gibt es Auswege aus der Krise in demokratischer Perspektive?

---

Absender / Absenderin  
(bitte in Druckbuchstaben)

---

Name, Vorname

---

Straße

---

PLZ, Ort

---

Telefon

---

Email

Komitee für Grundrechte  
und Demokratie e.V.  
Aquinostr. 7 - 11

50670 Köln

## Tagungsablauf:

Anreise: 17.00 - 18.00 Uhr

Abendessen: 18.00 Uhr

### Freitag | 25. September 2009 | 19.00 Uhr | Eröffnung

Konturen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise, ihre systematischen Hintergründe und soziale Brisanz

### Samstag | 26. September 2009 | 9.00 bis 12.30 Uhr |

#### Forum I: BRD/Europa

##### Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise

Was sind die möglichst genau zu beschreibenden politischen und sozialen Auswirkungen der Krise in der BRD/Europa? Wie könnte sich das Kapitalsanierungs- und Reparaturprogramm auf die sozialen und politischen Bedingungen in der BRD auswirken?

##### Reaktionen und Widerständiges

Wie reagieren die Bürger/innen in der Krise? Wo brechen Konflikte in der BRD/Europa auf? Werden Alternativen zum „Neoliberalismus“ sichtbar?

### 14.00 bis 15.30 Uhr | Vortrag

Welche gesellschaftlichen Perspektiven bietet das politische Krisenmanagement aus Konjunkturprogrammen, Banken- und Konzernrettungspaketen? Gibt es Alternativen?

### 16.00 bis 19.00 Uhr |

#### Forum II: Periphere Länder und Regionen

##### Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise

Welche politischen und sozialen Auswirkungen zeitigt die Weltwirtschaftskrise bereits jetzt auf die wirtschaftlich ausgebeuteten und „randständigen“ Länder und Regionen und ihre Bewohner/innen?

##### Reaktionen und Widerständiges

Welche Konflikte brechen auf, welche Auseinandersetzungen finden statt in den peripheren Ländern und Regionen (Ernährungssouveränität, Landkämpfe, Migration)?

### Sonntag | 27. September 2009 | 9.00 bis 13.00 Uhr |

#### Abschlusspodium

Was können wir tun? Auswege aus der Krise in demokratisch menschenrechtlicher Perspektive. „Round table“-Diskussion mit den Referentinnen und Referenten

Zur Vorbereitung: Reader mit kurzen Texten zur Tagung  
Tagungsort: CJD-Haus Bonn | Graurheindorfer Str. 149 | 53111 Bonn | [www.cjd-bonn.de](http://www.cjd-bonn.de)

Teilnahmekosten inkl. Vollpension: EZ 160,- € | im DZ 140,- €

Anmeldung bis zum 23. August 2009 im Sekretariat des Komitee für Grundrechte und Demokratie

Anmeldebestätigung, Tagungsreader, Wegbeschreibung und ein ausführliches Programm werden Ihnen zugesandt.

Gerne senden wir bei Interesse das vollständige Programm zu, sobald es fertig ist.

---

#### Organisatorische Hinweise:

**Anmeldungen und Rückfragen** bitte an das Komitee für Grundrechte und Demokratie, Telefon: 0221 - 9726930, Fax: -31; email: [info@grundrechtekomitee.de](mailto:info@grundrechtekomitee.de)

Vor der Tagung erhalten Sie weitere Informationen zum Tagungsablauf und den ReferentInnen sowie Vorbereitungs-material.

Die Teilnahme-kosten betragen incl. Übernachtungen und Vollverpflegung für zwei Tage:

140,- Euro (DZ) und 160,- Euro (EZ)

Tagungsort:

CJD-Haus Bonn | Graurheindorfer Str. 149 | 53111 Bonn | [www.cjd-bonn.de](http://www.cjd-bonn.de)

#### Name, Anschrift und Telefon bitte deutlich lesbar umseitig eintragen!

- Bitte senden Sie mir das vollständige Programm.
- Hiermit melde ich mich zur Tagung „Weltwirtschaftskrise“ an.
- Ich wünsche Unterbringung im
  - Einzelzimmer
  - Doppelzimmer
- Den Teilnahmebeitrag von 140,- /160,- Euro überweise ich bis zum 23. August 2009 auf das Konto des Komitees bei der Volksbank Odenwald, BLZ 508635 13, Konto: 8024 618 (Stichwort Tagung 2009)

## Gesundheitskarte vor dem Aus - oder auch nicht

Die elektronische Gesundheitskarte bleibt umstritten und ihrer Einführung stehen immer neue Schwierigkeiten entgegen. Im Mai 2009 hat der Deutsche Ärztetag wieder einmal beschlossen, dass er gegen die Entwicklung der elektronischen Gesundheitskarte in der jetzigen Form ist. Allerdings steht der Präsident des Ärztetages, Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, nicht hinter diesen Beschlüssen. Zwischen den Ärztetagen setzt er sich nicht konsequent für die Umsetzung dieser seit 2007 immer wie-



der erneuerten Beschlüsse ein.

Ende Mai 2009 hat des weiteren eine Anhörung im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages zur elektronischen Gesundheitskarte stattgefunden. Das Grundrechtekomitee hat seine Kritik gegenüber dem Ausschuss zusammengefasst und die Stellungnahme auch im Internet veröffentlicht (siehe <http://www.grundrechtekomitee.de/files/articles/btgesundheits-1.pdf>).

Die aktuellen Berichte in den Medien über dieses Projekt widersprechen sich. Die einen berichten von dem bevorstehenden Aus, die anderen vom Fortschritt in der Umsetzung.

Jedenfalls entstehen zur Zeit noch einmal viele Fragen um die Fotos, mit denen die neuen Karten ausgerüstet werden sollen. Vorgeblich sollten diese Fotos den Missbrauch verhindern. Wir rufen dazu auf, den Krankenkassen die Fotos aus Protest gegen diese Karte und die mit ihr beabsichtigte Umstrukturierung des Gesundheitssystems nicht zur Verfügung zu stellen. Nun machen neue Gutachten deutlich, dass durch die Fotos diese Ausweiskarte gar nicht erreicht werden wird. Die Fotos werden nicht auf ihre Übereinstimmung mit dem Versicherten überprüft – dem Missbrauch sind Tür und Tor geöffnet.

Das macht auch verständlich, warum einige Kassen schon angekündigt hatten, die Karten ohne Fotos auszugeben, wenn sie diese nicht erhalten. Trotzdem halten wir

zunächst an dieser Form des Protestes fest, denn jeder Ausdruck der Kritik ist ein Beitrag, um das Projekt vielleicht doch noch zum Einsturz zu bringen.

Verweigern Sie die Abgabe der Fotos und berichten Sie uns über Ihre Erfahrungen!

*Elke Steven*

## Ihre Sommer-spende für das Grundrechtekomitee!

Herzlichen Dank allen, die sich auch in diesem Jahr an der Übernahme von Patenschaften für die Aktion „Ferien vom Krieg“ beteiligt haben! Wir bitten heute erneut um Ihre Spende - für die allgemeine politische und grundrechtliche Arbeit unseres Komitees. Zu diesem Zweck legen wir dieser Ausweisung einen Überweisungsträger bei!

Da in letzter Zeit wieder viele neue InteressentInnen in unseren INFORMATIONEN-Verteiler aufgenommen wurden, geben wir einen kurzen Hinweis auf das übliche Verfahren: Das Grundrechtekomitee ist seit seiner Gründung als gemeinnützig anerkannt. Alle im Laufe eines Jahres eingehenden Spenden vermerken wir auf Ihrem Spendenkonto, so dass Sie Ende Januar kommenden Jahres eine Sammelspendenquittung über alle Einzelspenden und ggf. Förderbeiträge für das Finanzamt erhalten. Auf Ihren Wunsch hin senden wir jedoch auch vorab Spendenquittungen.

### Unser Spendenkonto:

Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.

Volksbank Odenwald -

Konto: 8 024 618

BLZ: 508 635 13

BIC: GENODE51MIC

IBAN:

DE76 5086 3513 0008 0246 18

## 60 Jahre Grundgesetz (1949 - 2009)

In den zurückliegenden Tagen wurde ein historisches Ereignis besonders gewürdigt, die Verabschiedung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 durch den Parlamentarischen Rat. Innerhalb der politischen Klasse und unter den meisten Kommentatoren herrscht(e) weitgehend Übereinstimmung, dass sich das Grundgesetz als Grundlage der politischen Ordnung in Deutschland bewährt habe. Das Komitee für Grundrechte und Demokratie teilt diese wohlwollende Interpretation nicht, sondern hat eine knappe Kritik der liberaldemokratischen Institutionen bundesdeutscher Gegenwart verfasst.

Das Papier unter dem Titel „60 Jahre Grundgesetz – kein Grund zum Feiern! Die herkömmlichen Formeln und Formen von Politik und Ökonomie sind erstarrt und verbraucht“ kann im Sekretariat angefordert oder unter [www.grundrechtekomitee.de](http://www.grundrechtekomitee.de) abgerufen werden. Darin heißt es: „Wir skandalisieren den Zufriedenheitsglanz in den Augen derer, die sich mit dem Verfassungsjubiläum selbst feiern. Sie haben die Chance nicht genutzt, die ihnen die weltpolitische und weltkapitalistische Lage nach 1949 bot, um radikal aus der deutschen Vergangenheit zu lernen. ‚Nie wieder‘ hätte auf der Wand dieser Republik stehen sollen: Nie wieder Kriege führen oder vorbeugend dafür rüsten. Nie wieder den Beleidigten, Verfolgten, von Armut erschlagenen Menschen Asyl verweigern. Nie wieder einen Wohlstand erwirtschaften, der vor allem auf Kosten der Eigentumslosen unten in der BRD und außerhalb der BRD profitabel eingeheimst wird. Daraus ist nichts geworden. Die politisch emanzipativen Interessen waren viel zu schwach ausgebildet. Statt die materiellen Voraussetzungen für eine wirkliche demokratische Teilhabe, für Selbstbewusstsein und Handlungsvermögen der Bevölkerung zu schaffen, wurde die liberale Demo-

kratie wie ein inhaltsleeres Muster übernommen.“ Das Papier zeichnet fünf kritische Porträts der grundgesetzlich wichtigen Institutionen (das „Volk“ als Souverän, die Parteien, das Parlament als Legislative, die Exekutive sowie die Judikative in Form des Rechtsstaats).

*Dirk Vogelskamp*



© Martin Singe

## Israel – Palästina: Barrieren überwinden – Veranstaltungsreihe mit Keren Assaf

Connection e.V. und das Komitee für Grundrechte und Demokratie (Aktion „Ferien vom Krieg“) bereiten für August/September 2009 eine Veranstaltungsreihe mit der 28-jährigen israelischen Kriegsdienstverweigerin Keren Assaf vor.

Keren Assaf moderiert seit 2002 Seminare der Aktion „Ferien vom Krieg“, in denen sich junge Menschen aus Israel und den besetzten Gebieten (Westbank) gemeinsam über die Lage im Nahen Osten austauschen und nach Verständigungs- und Lösungsmöglichkeiten suchen.

Aus den Seminaren heraus entwickelte sich die in Israel und Palästina aktive Initiative „Breaking Barriers“. „Wir bringen hier junge Menschen aus Israel und dem besetzten Palästina zusammen“, so Keren Assaf, „als Alternative zur erzwungenen Trennung und Desinformation. Wir diskutieren über Macht und Verantwortung, um Rassismus abzubauen und Solidarität zu schaffen.“ Gemeinsam mit dem palästinensischen Koordinator erhielt sie 2003 den „Mount-Zion-Award“ des Bene-

diktinerklosters in Jerusalem.

Keren Assaf wird für die Veranstaltungsreihe ihren Aufenthalt in Deutschland im Anschluss an die Aktion „Ferien vom Krieg“ entsprechend verlängern, mit frischen Eindrücken über die Schwierigkeiten und Erfolge der intensiven Dialogprozesse auf Graswurzelebene.

„Bei den Veranstaltungen möchte ich den Schwerpunkt auf die gegenwärtige Situation im Nahen Osten legen“, schrieb uns Keren Assaf. „Der Gazakrieg, die letzten Wahlen in Israel und die weltweiten Entwicklungen wirken sich auf die israelische Linke und die gemeinsamen Initiativen von Israelis und PalästinenserInnen aus. Sie zeigen das Dilemma, weisen aber auch darauf hin, welche Möglichkeiten es geben könnte, eine relevante soziale Bewegung zu werden und tatsächliche Veränderungen herbeizuführen.“

Rudi Friedrich, Connection, Tel.: 069-82375534;  
[office@Connection-eV.de](mailto:office@Connection-eV.de)

Helga Dieter, Ferien vom Krieg, Tel.: 069-7892525; [ubihedi@t-online.de](mailto:ubihedi@t-online.de)